

BEIRAT HEMELINGEN

Niederschrift über die öffentliche Beiratssitzung

Sitzungstag: 25.06.2015	Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr	Sitzungsende: 21:45 Uhr	Sitzungsort: Bürgerhaus Hemelingen Großer Saal (hinten)
----------------------------	------------------------------	----------------------------	---

Anwesend waren:

Vom Ortschaftsrat:

Herr Ullrich Höft	Vorsitzender
Herr Theodor Dorer	f. d. Protokoll

Vom Beirat:

Herr Ralf Bohr
Herr Robert Hempel
Herr Heinz Hoffhenke
Herr Hans-Peter Hölscher
Herr Uwe Jahn
Frau Christa Komar
Frau Birgit Löhmann
Frau Christa Nalazek
Herr Johann Oppermann
Frau Waltraut Otten
Herr Ferhat Özel
Herr Dominic Platen
Herr Gerhard-Wilhelm Scherer
Frau Hannelore Sengstake
Herr Ingo Tebje
Herr Joachim Torka
Herr Arend Vogtländer

Tagesordnung:

01. Begrüßung neuer Beirat
02. Verpflichtung der Beiratsmitglieder
03. Wahl einer/s Beiratssprecherin/s
04. Wahl einer/s stellvertretenden Beiratssprecherin/s
05. Beschluss über die Anzahl, Benennung und Größe der Ausschüsse
06. Besetzung der Ausschüsse
07. Beschluss über weitere Vertreter (Seniorenvertretung, Fluglärmkommission, Controlling-Ausschuss)
08. Unterbringung unbegleiteter jugendlicher Flüchtlinge im Stadtteil
Eingeladen hierzu: Frau Dr. Heidemarie Rose SfSKJF
09. Kurzfristige Unterbringung von Flüchtlingen in Hastedt
Eingeladen hierzu: Frau Petra Kodre` SfSKJF
10. Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten
11. Verschiedenes

Begrüßung neuer Beirat

Der Vorsitzende begrüßt die die Beiratsmitglieder und die übrigen Anwesenden und weist auf die folgenden Regularien hin.

- Die Beiratssitzung soll zukünftig grundsätzlich um 22:00h beendet werden.
- Der Top Fragen, Wünsche, Anregungen soll max. 30 Minuten dauern. Weitere Wortmeldungen werden am Sitzungsende oder in der nächsten Sitzung behandelt.
- Die Redezeit soll maximal 3 Minuten betragen.

Verpflichtung der Beiratsmitglieder

Der Vorsitzende verliest den anliegenden Text zur Verpflichtung der Beiratsmitglieder.

Wahl einer/s Beiratssprecherin/s

Herr Scherer schlägt Herrn Jahn als Beiratssprecher vor. Dieser wird einstimmig gewählt und nimmt die Wahl an.

Wahl einer/s stellvertretenden Beiratssprecherin/s

Herr Hölscher schlägt Herrn Hoffhenke vor. Herr Oppermann schlägt Herrn Bohr vor und beantragt geheime Abstimmung.

Herr Bohr und Herr Hoffhenke stellen sich und ihre politischen Vorstellungen und Ziele kurz dem Beirat vor.

Die Zählkommission besteht aus Frau Dreimann-Hempel und Herrn Nalazek, Herr Hoffhenke wird in geheimer Abstimmung mit 11 Stimmen zu 6 Stimmen bei 0 Enthaltungen gewählt und nimmt die Wahl an.

Beschluss über die Anzahl, Benennung und Größe der Ausschüsse

Den in der anliegenden Vorlage genannten Ausschüssen mit je 7 Mitgliedern wird im Beirat einstimmig zugestimmt.

Besetzung der Ausschüsse

Die in der anliegenden Vorlage genannten Ausschussmitglieder werden einstimmig in die Ausschüsse gewählt.

Außerdem werden die Fraktionssprecher und ihre Stellvertreter entsprechend der Vorlage benannt.

Beschluss über weitere Vertreter (Seniorenvertretung, Fluglärmkommission, Controlling-Ausschuss, Koordinierungsausschuss, Beirätekonferenz)

Die in der anliegenden Vorlage genannten Vertreter werden einstimmig gewählt.

Herr Jahn bedankt sich für seine Wahl und bittet um Unterstützung für die gemeinsamen politischen Ziele sowie um weitere aktive Beteiligung an der politischen Arbeit.

Unterbringung unbegleiteter jugendlicher Flüchtlinge im Stadtteil

Eingeladen hierzu: Frau Dr. Heidemarie Rose SfSKJF

Die Unterbringung ist Sache der Kommune, sie unterstehen damit der Obhut des Jugendamtes. Sie kommen überwiegend in den Grenzregionen und verstärkt in den Großstädten wie Hamburg und Bremen an und müssen dort versorgt werden. Herkunftsregionen sind überwiegend Westafrika, Afghanistan und der Nahe Osten. Im laufenden Monat wird von 120 Neuzugängen ausgegangen, im Juni 2014 waren es lediglich 20 Personen.

Im Alten Zollamt und im Jakobushaus sollen zusätzlich zur Steinsetzerstraße weitere Erstaufnahmestellen eingerichtet werden. In der Stresemannstraße besteht eine Clearingstelle, in einem Hostel in der Feuerkuhle sollen weitere 35 Personen untergebracht werden. Weitere Unterbringungsmöglichkeiten werden gesucht.

Herr Hoffhenke bemängelt die fehlenden Informationen der Fachbehörde zur Unterbringung in der Feuerkuhle. Das erfolgt in dieser Sitzung.

Herr Bohr fragt nach dem Betreuungsschlüssel für die Jugendlichen in dem Hostel. Es gibt eine ambulante Betreuung im Verhältnis 1:6 und einen Wachdienst.

Herr Hempel fragt nach den Methoden zur Altersfeststellung. Es gibt zunächst ein Erkennungsdienstliches Verfahren. Gibt das kein Ergebnis, wird das Alter nach den Angaben des Jugendlichen und nach Plausibilität vom Jugendamt geschätzt.

Frau Komar fragt nach den Betreuungszeiten. Diese erfolgen tagsüber, aber nicht über 24 Stunden. Nachts gibt es einen Sicherheitsdienst und eine Rufbereitschaft.

Frau Sengstake fragt nach der Belegung in der Feuerkuhle. Sie wird von der Akademie Kannenberg betreut, bei den dort untergebrachten Personen handelt es sich nicht um Problemfälle.

Herr Tebje fragt nach der Integration in das Bildungssystem. Diese erfolgt nicht im Stadtteil sondern Einzelfallbezogen in den unterschiedlichen Schulen im gesamten Stadtgebiet.

Herr Oliver fragt nach den Gründen der Jugendlichen, ihre Heimat zu verlassen. Ursachen sind Kriege, Verfolgung aber auch wirtschaftliche Interessen.

Herr Rudolf fragt, ob eine gleichmäßige Verteilung der Jugendlichen in alle Stadtteile erfolgt. Die Verteilung erfolgt im gesamten Stadtgebiet entsprechend der regionalen Möglichkeiten.

Frau Komar fragt nach der therapeutischen Betreuung traumatisierter Jugendlicher. Diese erfolgt durch die Kinder- und Jugendhilfe nach Bedarf.

Herr Jahn bietet die weitere Zusammenarbeit des Beirates bei einer kollektiven Problemlösung an. Der Beirat wird sich weiterhin kurzfristig über den Fortgang informieren lassen.

Kurzfristige Unterbringung von Flüchtlingen in Hastedt

Eingeladen hierzu: Frau Petra Kodré SfSKJF

Frau Kodré erläutert dem Beirat anhand der anliegenden Präsentation die Entwicklung der Asylbewerberzahlen sowie die in diesem Zusammenhang umgesetzten und aktuell geplanten Maßnahmen. In der Hastedter Heerstraße 76 ist die Eröffnung einer weiteren Notunterkunft geplant, die –wie die Stolzenauer Straße- vom ASB betrieben wird.

Frau Komar weist auf die ehemalige Nutzung als Supermarkt hin. Es gibt nur wenige Fenster, die Immobilie ist aus Ihrer Sicht für die Unterbringung nicht geeignet.

Frau Sengstake weist auf den schleppenden Umbau in der Stolzenauer Straße hin. Der Bauantrag wird am 21.07.2015 im FA Bau vorgestellt.

Herr Bohr fragt nach der Dauer geplanten Nutzung und nach der Kinderbetreuung. Die Anmietung erfolgt für ein Jahr, das Objekt soll mit der Eröffnung der Stolzenauer Straße geschlossen werden. Die Aufenthaltsdauer der Bewohner wird nur kurz sein, dann wird eine Verteilung erfolgen. Es wird vor Ort ein niedrigschwelliges Schulangebot geben.

Herr Arndt weist auf die baulichen Mängel des Objekts hin und lehnt die Unterbringung von 150 Menschen deshalb ab.

Herr Scherer lehnt die Umsetzung aus baurechtlichen Gründen ebenfalls ab.

Eine Bürgerin fragt nach der Möglichkeit für Bürger und Nachbarn, sich in der Einrichtung ehrenamtlich zu engagieren. Da die Einrichtung nur für ein Jahr bestehen soll und die Bewohner diese nur kurzfristig nutzen werden, wird es schwierig, ehrenamtliche Strukturen aufzubauen.

Herr Jahn betont die Bedenken des Beirates im Zusammenhang mit dem Projekt und fordert die Vorlage von weiteren Plänen und Unterlagen. Er möchte das Thema in der nächsten Sitzung am 09.07.2015 weiter behandeln und bis dahin lediglich zur Kenntnis nehmen.

Herr Bohr sieht das auch so und schlägt einen Ortstermin vor.

Herr Hoffhenke weist auf die sich in Hastedt sehr ballenden Flüchtlingseinrichtungen hin. Er fordert eine Einwohnerversammlung zu dem Thema.

Frau Kodré weist darauf hin, dass mit der Umsetzung des Projekt bereits vor dem 02.07.2015 begonnen werden soll.

Herr Scherer verlangt von der Fachbehörde eine umfassende und frühzeitige Beteiligung des Beirats

Am 01.07.2015 findet nach der KOA Sitzung eine außerordentliche Beiratssitzung statt, in der dieser TOP behandelt wird.

Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten

Herr Oliver von der Bremer-Freiwilligen Agentur schlägt vor, im Rahmen eines Projekts im Gemeinschaftsgarten des Übergangwohnheims Arbergen einen Jurtengarten entstehen zu lassen. Hierfür wurde auch ein Antrag auf Globalmittel gestellt.

Herr Dennhardt weist auf die Fragen der Initiative Bürger gegen Giftmüll aus der letzten Legislaturperiode an die Bürgerschaftsparteien zur Stadtentwicklung und Giftmülllagerung hin. Sie werden dem Protokoll angehängt.

Herr Rudolf möchte für den Bereich des Gemeinschaftszsgartens beim Übergangwohnheim eine Umweltprüfung durchführen. Diese wird beim Gesundheitsamt beantragt.

Frau Rose und Frau Kodré sagen zu, den Beirat weiterhin zeitnah über die weitere Planung zu unterrichten und zu beteiligen.

Verschiedenes

Der anliegende Terminplan wird vom Beirat einstimmig beschlossen.

Die anliegende Grundwasserwarnung wird im Beirat vorgestellt. Das Thema wird noch im Umweltausschuss erörtert.

Der Vorsitzende weist noch auf die konstituierenden Sitzungen der Ausschüsse in den nächsten drei Wochen hin. (siehe Anlage)

Gez. Höft
Vorsitzender

Gez. Jahn
Beiratssprecher

Gez. Dorer
f. d. Protokoll

Liste der in Protokollen gebräuchlichen Abkürzungen:

AGÖV	Arbeitsgemeinschaft öffentlicher Personennahverkehr
ADFC	Allgemeiner Deutscher Fahrradclub
ASV	Amt für Straßen und Verkehr
BILL	Bürgerinitiative für lückenlosen Lärmschutz
BSAG	Bremer Straßenbahn AG
BVM	Bundesverkehrsministerium
DB	Deutsche Bahn
FA	Fachausschuss
FLK	Fluglärmkommission
FNP	Flächennutzungsplan
GIRL	Geruchsimmissions-Richtlinie
IB	Immobilien Bremen
KITA	Kindertagesstätte
KOA	Koordinierung und Finanzen
KOB	Kontaktbereichspolizist
NABU	Naturschutzbund Deutschland
SfSKJF	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen
SfWAH	Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
SUBV	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
UB	Umweltbetrieb Bremen
ÖPNV	Öffentlicher Personen Nahverkehr
VEP	Vorhaben- und Erschließungsplan

Verpflichtung

Vor der Unterzeichnerin, vor dem Unterzeichner erschien heute zur Verpflichtung gemäß § 21 und § 23 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter vom 2. Februar 2010 (Brem.GBl. S. 130) Zuletzt geändert durch Art. 2 OrtsG zur Änd. der VO über die Neuordnung der stadtbremischen Verwaltungsbezirke und des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter vom 23. 4. 2013 (Brem.GBl. S. 115)

Herr/Frau

im weiteren „Beiratsmitglied“ genannt.

Das Beiratsmitglied wurde zur gewissenhaften Tätigkeit und besonders zur Verschwiegenheit verpflichtet, auf die strafrechtlichen Folgen einer Verletzung der Verschwiegenheitspflicht gemäß § 203 Abs. 2, § 204 und § 353 b StGB sowie § 37 Bremisches Datenschutzgesetz vom 4. März 2003 (Brem.GBl. S. 85) Zuletzt geändert durch Art. 1 ÄndG vom 1. 7. 2013 (Brem.GBl. S. 351) wurde hingewiesen.

Das Beiratsmitglied wurde weiter darauf hingewiesen, dass auch nach Beendigung der ehrenamtlichen Tätigkeit über dabei bekanntgewordene Angelegenheiten Verschwiegenheit zu wahren ist und ohne Genehmigung auch keine gerichtlichen und außergerichtlichen Aussagen und Erklärungen abgegeben werden dürfen.

Das Beiratsmitglied hat dieses Protokoll, nachdem es vorgelesen wurde, zum Zeichen der Genehmigung unterzeichnet und bestätigt damit gleichzeitig, eine Abschrift erhalten zu haben.

Bremen, den

.....
Ortsamtsleiterin/Ortsamtsleiter

.....
Beiratsmitglied

Beirat Hemelingen 2015-2019

Beiratssprecher: Uwe Jahn
Stellv. Beiratssprecher: Heinz Hoffhenke

Fraktionssprecher SPD: Hans-Peter Hölscher (Dominic Platen)
Fraktionssprecher CDU: Alfred Kothe (Gerhard Scherer)
Fraktionssprecher Grüne: Ralf Bohr (Johann Oppermann)
Fraktionssprecher Linke: Robert Hempel (Ingo Tebje)
Fraktionssprecher Piraten: Arend Vogtländer

Zugriffe in der Reihenfolge:

SPD 1,4,7
CDU 2,6
Grüne 3,8
Linke 5

1. Bau, Verkehr

SPD	Birgit Löhmann	
SPD	Christa Nalazek	
SPD	Walter Kerber	Sachkundiger Bürger
CDU	Alfred Kothe	
CDU	Gerhard Scherer	
Grüne	Ralf Bohr	
Linke	Gerd Arndt	Sachkundiger Bürger

Die Piraten werden in allen Ausschüssen von Arend Vogtländer oder Robert Bauer als Gast vertreten werden.

2. Umwelt und Lärm

SPD	Birgit Löhmann	
SPD	Markus Funke	Sachkundiger Bürger
SPD	Uwe Kochs	Sachkundiger Bürger
CDU	Hannelore Sengstake	
CDU	Gerhard Scherer	
Grüne	Johann Oppermann	
Linke	Gerd Arndt	Sachkundiger Bürger

3. Finanzen und Koordinierung (KOA)

SPD	Uwe Jahn	
SPD	Christa Nalazek	
SPD	Dominic Platen	
CDU	Alfred Kothe	
CDU	Gerhard Scherer	
Grüne	Ralf Bohr	
Linke	Robert Hempel	

4. Bildung, Soziales, Integration und Kultur

SPD	Ferhat Özel	
SPD	Waltraud Otten	
SPD	Anneliese Kerber	Sachkundige Bürgerin
CDU	Susanne Yström	
CDU	Claudia Muschat	Sachkundige Bürgerin
Grüne	Michaela Gröne	Sachkundige Bürgerin
Linke	Robert Hempel	

5. Jugendbeteiligung

SPD	Dominic Platen	
SPD	Ferhat Özel	
SPD	Nico Ahlers	Sachkundiger Bürger
CDU	Gerhard Scherer	
CDU	Serpil Hassun	Sachkundige Bürgerin
Grüne	Kai Kaufmann	Sachkundiger Bürger
Linke	Ingo Tebje	

6. Stadtteilentwicklung

SPD	Hans-Peter Hölscher	
SPD	Dominic Platen	
SPD	Nurtekin Tepe	Sachkundiger Bürger
CDU	Joachim Torka	
CDU	Albrecht Syga	Sachkundiger Bürger
Grüne	Søren Brand	Sachkundiger Bürger
Linke	Robert Hempel	

7. Wohnen in Nachbarschaften

SPD	Waltraut Otten	
SPD	Nurtekin Tepe	Sachkundiger Bürger
SPD	Birgit Löhmann	
CDU	Gerhard Scherer	
CDU	Serpil Hassun	Sachkundige Bürgerin
Grüne	Christa Komar	
Linke	Rosemarie Dreimann-Hempel	Sachkundige Bürgerin

8. Inneres und Sport

SPD	Uwe Jahn	
SPD	Hans-Peter Hölscher	
SPD	Hannelore Freudenthal	Sachkundige Bürgerin
CDU	Heinz Hoffhenke	
CDU	Christian Meyer	Sachkundiger Bürger
Grüne	Johann Oppermann	
Linke	Norbert Schepers	Sachkundiger Bürger

TOP 8

9. Controlling (2 Sitze vom Beirat)

SPD	Christa Nalazek	
Grüne	Christa Komar	

10. Fluglärmkommission (2. Sitz beantragt)

Grüne	Ralf Bohr	
Linke	Gerd Arndt	

11. Senioren

SPD	Manfred Boeck	
Grüne	Christa Komar	
CDU	Arndt von Schöning	

12. Koordinierungsausschuss Ost II

SPD	Uwe Jahn	
CDU	Heinz Hoffhenke	

13. Beirätekonferenz

SPD	Uwe Jahn	
CDU	Heinz Hoffhenke	

14. Regionalausschuss Bahnlärm wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden

Unterbringung von AsylbewerberInnen und Flüchtlingen in Bremen

Beiratssitzung Hemelingen am 25. Juni 2015

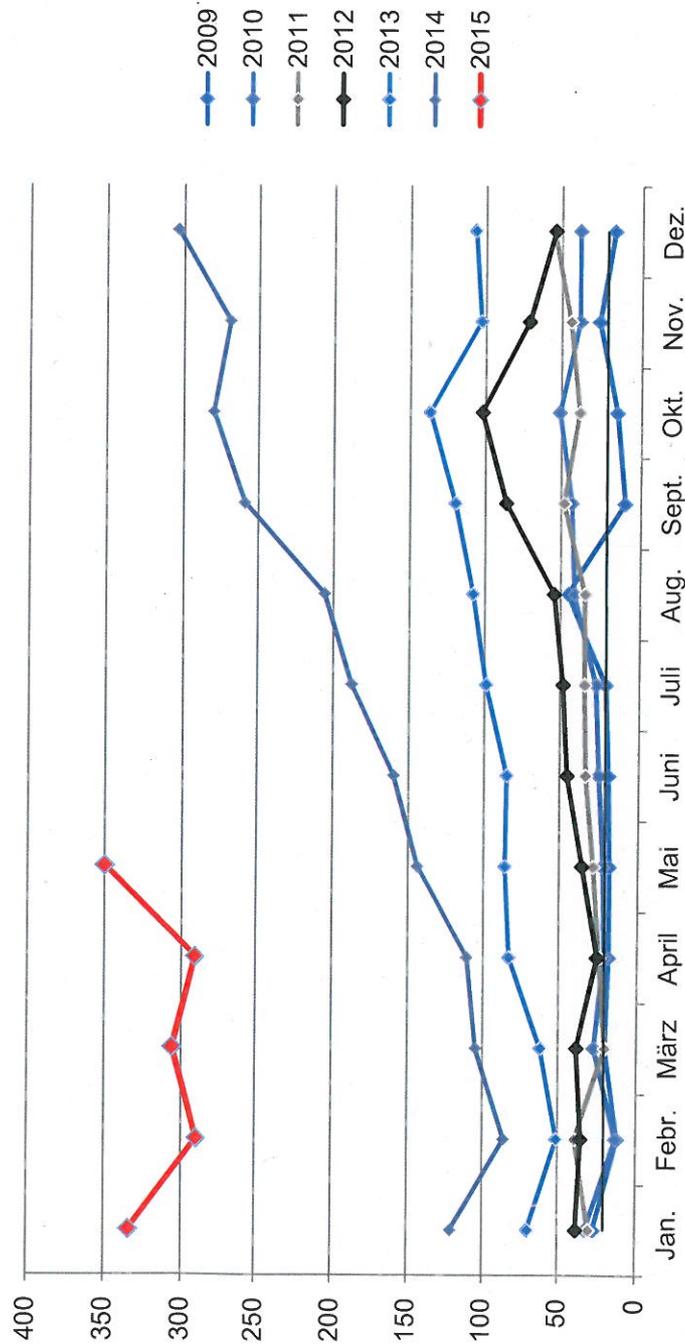
Die Senatorin für Soziales,
Kinder, Jugend und Frauen



Freie
Hansestadt
Bremen

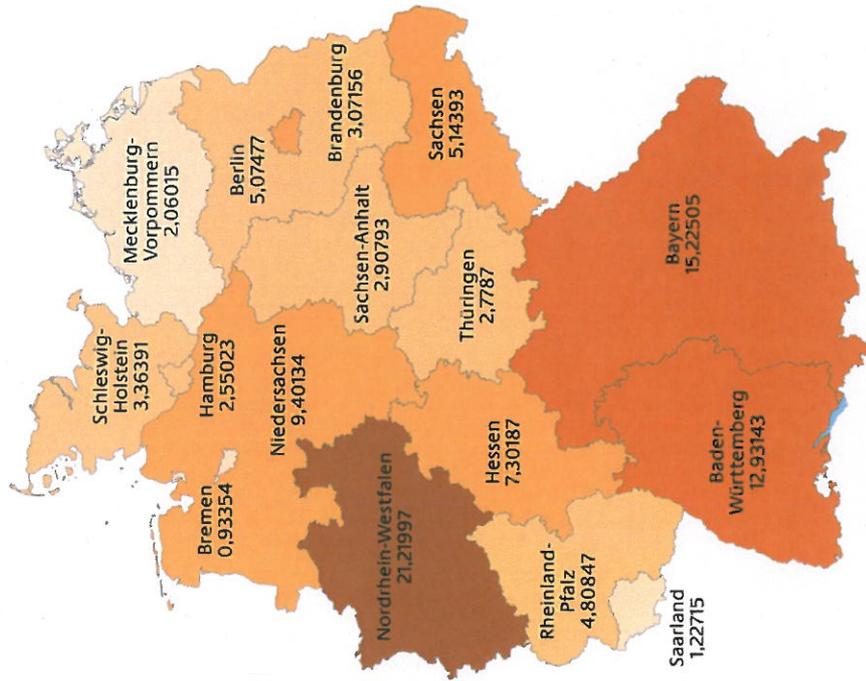
Asylbewerber/innen in Bremen

Bundesweite Zuweisung nach dem EASY Verwaltungsverfahren, soweit in der EAE aufgenommen



Gesamtaufnahme nach EASY: 2.233 Personen im Jahr 2014
Prognose nach EASY: 4.000 Personen im Jahr 2015

Verteilung in Deutschland



Verteilungsquoten nach dem Königsteiner-Schlüssel für die Anwendung im Jahr 2014

- bis unter 2,5%
- von 2,5% bis unter 5,0%
- von 5,0% bis unter 10,0%
- von 10,0% bis unter 20,0%
- ab 20%

© Vermessungsverwaltungen der Länder und BKG 2011, eigene Bearbeitung
Kartographie und Layout: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Keferat 222

- Verteilung erfolgt nach **Königsteiner Schlüssel**.
- Bremen nimmt **0,96 Prozent** aller Flüchtlinge auf.
- Aufteilung nach **Landesaufnahmegesetz**:
Bremen: **80%**
Bremerhaven: **20%**

Integration mit Wohnung hat Vorrang

- Vorrang hat in Bremen die Unterbringung in **Wohnungen (Mietverträge)**. Es gibt in allen Übergangwohnheimen **Wohnberater/innen**. Wichtig ist die Kooperation mit der Gewoba.
- **Vermittlung in Wohnungen** wurden deutlich gesteigert:
 - 2012: 263 Vermittlungen
 - 2013: 418 Vermittlungen
 - 2014: 966 Vermittlungen**Bis Mai 2015: fast 700 Vermittlungen**
- **Projekt „Ambulante Betreuung“**



Wohnheime

Bestehende Einrichtungen					
Objekt	Stadtteil	Betreuungsverband	vorauss. Zeitpunkt	Nennkapazität	
A. Faust Straße	Obervieland	AWO	bestehend	170	
Steinseizerstr. 12	Obervieland / Habenhausen	AWO	bestehend	260	
Ellener Dorfstraße 11	Osterholz	ASB	bestehend	35	
Wardamm 117	Huchting	AWO	bestehend	180	
Ludwig-Quidde-Straße 14	Hemelingen/Hastedt	AWO	bestehend	250	
Johann-Lange-Straße 25	Veegesack	ASB	bestehend	60	
Eduard-Grunow-Straße 30	Mitte	ASB	bestehend	56	
Bardowickstraße 83A	Vahr	AWO	bestehend	90	
Schiffbauweg 4	Häfen	AWO	bestehend	90	
Osterholzer Landstraße 51 G	Osterholz	ASB	bestehend	56	
Philosophenweg 16	Mitte	ASB	bestehend	50	
Arberger Heerstraße 1	Hemelingen	AWO	bestehend	120	
Luxemburger Straße	Huchting	AWO	bestehend	70	
Überseetor	Walle / Überseestadt	IM	bestehend	120	
KBM	Hulsberg	AWO	bestehend	120	
Steingutstraße	Veegesack	ASB	bestehend	100	
Löningsstraße	Mitte	ASB	bestehend	56	
Bundeswehrhochhaus	Mitte	AWO	bestehend	150	
Andernacher Straße	Osterholz	IM	bestehend	96	
Gesamt				2.129	

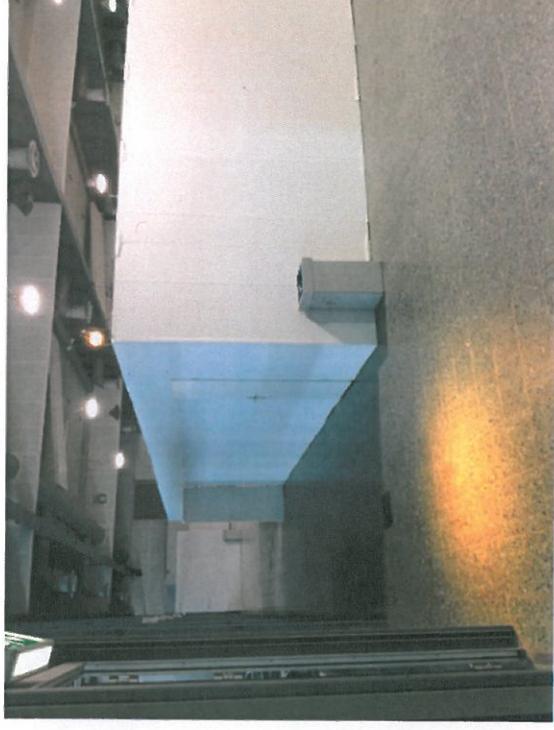
Wohnheime in Umsetzung

- Findorff 100 Plätze
- Huchting 100 Plätze
- Schwachhausen 70 Plätze
- Neustadt 330 Plätze
- Mitte 300 Plätze
- Blumenthal 120 Plätze
- Hemelingen 290 Plätze
- Vegesack 60 Plätze
- Walle 190 Plätze
- Oberneuland 120 Plätze

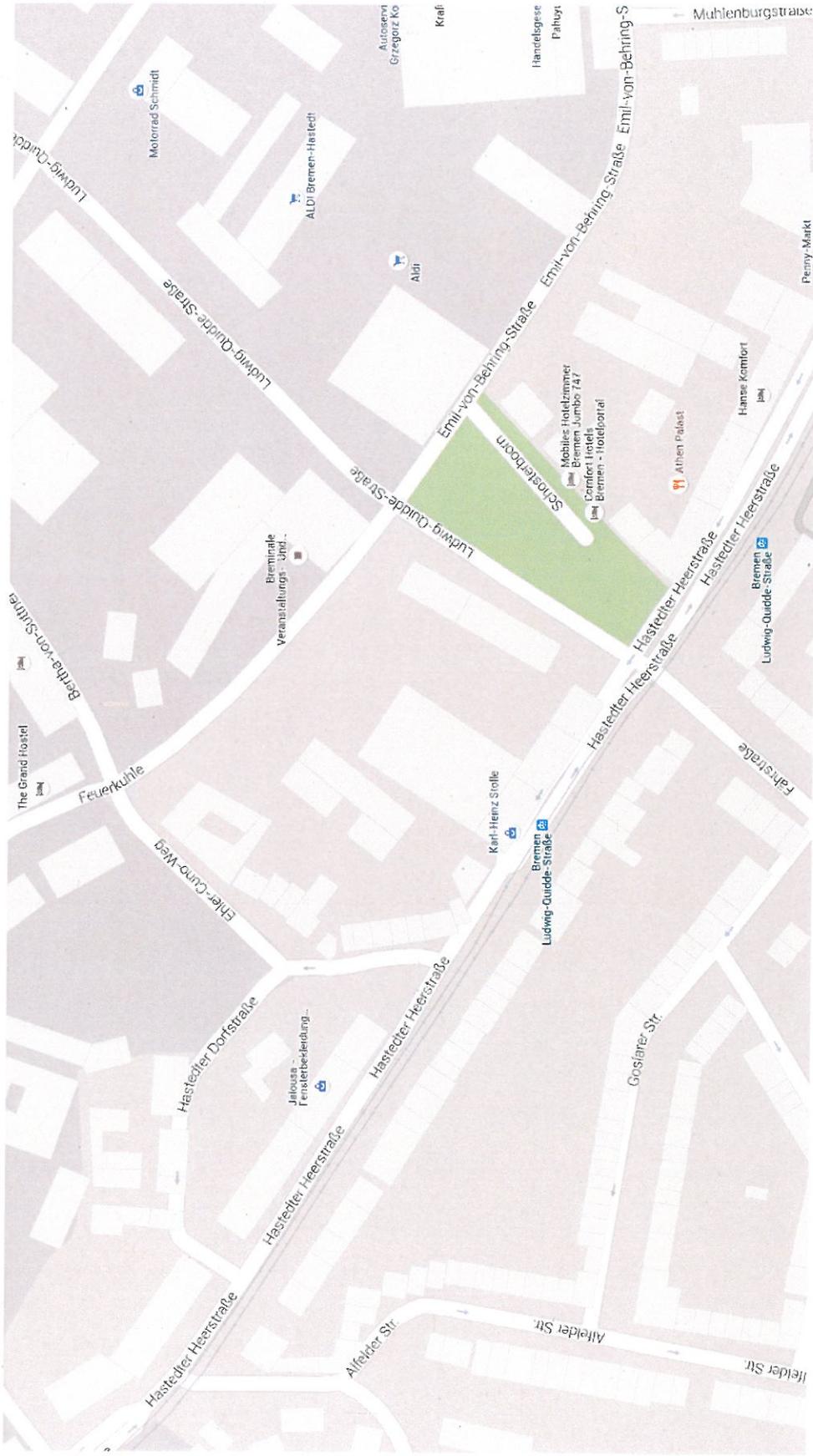


Notmaßnahmen aktuell

- Jugendherberge Zeven 100 Plätze
- Messehallen 210 Plätze
- Hartmannstift 170 Plätze
- Reepschläger Str. 100 Plätze
- Zeltplätze je 200 Plätze
- Woltmershausen 200 Plätze



Notunterkunft Hastedter Heerstr. 76



Fragen der „Bürger gegen Giftmüll“

mit den Antworten der Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der in der Bürgerschaft mit Fraktionen vertretenen Parteien dazu:



Jens Böhrnsen
(SPD)



Karoline Linnert
(Grüne)



Elisabeth
Motschmann
(CDU)



Kristina Vogt
(Linke)

Halten Sie es für richtig, dass Betriebe wie der von der Fa. ProEntsorga in Zukunft Mindestabstände zur Wohnbebauung haben sollen?

<p>Böhrnsen: Grundsätzlich Ja. Pauschale Mindestabstände zu definieren ist allerdings in einer dicht bebauten Stadt mit historisch gewachsenen gewerblichen und wohnbaulichen Nutzungen sehr schwierig. Daher halte ich es für das Beste, die jeweilige Situation im Einzelfall zu betrachten und durch Gutachten die notwendigen Abstände zu definieren.</p>	<p>Linnert: Ja. Wir wollen, dass das sogenannte „störende Gewerbe“, von dem Lärm, Luftschadstoffe und ein erhöhtes Brandrisiko für die Anwohner ausgehen, soweit wie möglich von der nächsten Wohnbebauung angesiedelt wird. 200 Meter bis zur nächsten Wohnbebauung wie in Hemelingen halten wir für zu gering. In Bremen gibt es besser geeignete Industrieflächen, die viel weiter von den nächsten Wohngebieten entfernt liegen, wie bspw. die Stahlwerke. Dort soll sich ProEntsorga ansiedeln.</p>	<p>Motschmann: Die Einhaltung der juristischen Vorgaben bezüglich eines Mindestabstandes von Entsorgungsbetrieben zur Wohnbebauung ist für die CDU Bremen absolut erforderlich, um die Anwohnerinnen und Anwohner vor unzumutbaren Nachteilen zu schützen.</p>	<p>Vogt: Ja.</p>
--	---	---	-------------------------

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Betrieb der Fa. ProEntsorga nicht in der Hermann-Funk-Straße am Hemelinger Hafen landet? Falls ja, wie konkret?

<p>Böhrnsen: Es werden derzeit gemeinsam mit dem Unternehmen mehrere konkrete Standortalternativen geprüft. Die Prüfungen sind noch nicht abgeschlossen. Ich unterstütze die Ansiedelung an einem alternativen Standort, wenn das möglich ist.</p>	<p>Linnert: Ja. Wir Grünen haben uns auch schon dafür stark gemacht, dass die Genehmigung für den Betrieb ProEntsorga nicht erstellt wird, solange nicht die Ursachen für die Explosion in Ritterhude geklärt sind. Derzeit führt der grüne Umweltsenator Lohse intensive Gespräche mit dem Betreiber von ProEntsorga, um mit ihm einen geeigneteren Standort zu finden.</p>	<p>Motschmann: Die rechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung des Betriebes liegen vor. Momentan werden Gespräche zwischen den Beteiligten geführt, die die CDU Bremen konstruktiv begleitet. Sollte ein Kompromiss zu einem Alternativstandort gefunden werden, werden wir diesen unterstützen.</p>	<p>Vogt: Ja – DIE LINKE wird auch weiterhin alle politischen möglichen Mittel auf Beirats-, Deputations- und Bürgerschaftsebene für die Suche nach einem geeigneten Standort mit deutlicher Entfernung zur Wohnbebauung einsetzen.</p>
---	---	---	---



Werden Sie sich für Entwicklung und Beschluss eines Standortkonzeptes für die Abfallwirtschaft in Bremen einsetzen? Falls ja, für wann streben Sie den Beschluss an?

<p>Böhrnsen: An einem Industriestandort wie Bremen sind den Unternehmen zugeordnete Standorte für Recyclingbetriebe sowohl bauleitplanerisch abzusichern, als auch mithilfe eines noch zu beschließenden Standortkonzeptes für die Abfallwirtschaft. Ziel ist, die Verkehrs- und Umweltbelastungen für die Bevölkerung insgesamt zu minimieren.</p>	<p>Linnert: Die grünen Abgeordneten in der Umwelt-, und Wirtschaftsdeputation haben unlängst einen Bericht zur Ansiedlung von störendem Gewerbe angefordert. Der Bericht zeigt Ballungsräume für Betriebe, die nach Bundesimmissionsschutzgesetz genehmigt werden müssen, auf. Dazu gehört definitiv Hemelingen. Ziel ist es nun ein Konzept zu entwickeln, wie diese Betriebe im Stadtgebiet zukünftig verteilt werden. Für Hemelingen wollen wir eine Aufwertung des Stadtteils. Dafür werden wir uns auch weiterhin einsetzen.</p>	<p>Motschmann: Die CDU Bremen wird die Einführung eines langfristig angelegten Standortkonzeptes prüfen. Zukünftige Maßnahmen müssen rechtssicher und unter größtmöglicher Berücksichtigung der Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner umgesetzt werden.</p>	<p>Vogt: Seit dem 20.03.'12, Bauausschuss Beirat Hemelingen, hat DIE LINKE gegen die Ansiedlung von ProEntsorga in Wohngebietsnähe votiert, eine Veränderungssperre gefordert, umgehend die Erstellung eines Konzept für die ganze Stadt angefordert und in der Baudeputation die Forderung immer wiederholt.</p>
--	--	--	--

Werden Sie sich für eine verstärkte Kontrolle von Industrie und Gewerbe insbesondere in der Nähe von Wohnbebauung einsetzen? Falls ja, wie konkret?

<p>Böhrnsen: Ja, die Bauaufsichtsbehörde und die Gewerbeaufsicht sollen im vollen Umfang der bestehenden gesetzlichen Vorgaben bei Unternehmen, die in der Nähe von Wohngebieten angesiedelt sind, Prüfungen durchführen und konkreten Beschwerden konsequent nachgehen.</p>	<p>Linnert: Ja. Wir finden das Gewerbeaufsichtsamt muss dort Vorort besonders genau prüfen und regelmäßige Kontrollen durchführen. Prüfung nur nach Papierlage reicht aus unserer Sicht nicht aus. Hierzu bedarf es einer Aufstockung des Personals. Wir werden uns im Rahmen der nächsten Haushaltsaufstellung dafür einsetzen, dass das Gewerbeaufsichtsamt aufgestockt wird.</p>	<p>Motschmann: Die CDU Bremen setzt sich für angemessene Kontrollen ein. Die bestehenden Regelungen sorgen für ein hohes Schutzniveau der Anwohnerinnen und Anwohner, deren Interessen bestmöglich berücksichtigt werden sollen.</p>	<p>Vogt: Ja – DIE LINKE fordert eine Überprüfung aller B-Pläne mit sensibler Nähe von Wohn- und Gewerbegebieten, bevor weitere Bauanträge eingehen. Wir fordern eine personelle Aufstockung der Gewerbeaufsicht, um eine unabhängige – nicht Firmenabhängige – Überwachung sicher zu stellen.</p>
---	--	---	--

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der neue Bebauungsplan an der Funkschneise zügig beschlossen wird, damit sich dort keine sog. BlmSch-Betriebe mehr, wie der ursprünglich dort geplante Betrieb der Fa. ProEntsorga, ansiedeln können?

<p>Böhrnsen: Ja, das werde ich. Um zu verhindern, dass dort bis zu einem Beschluss über den Bebauungsplan 2438 eine Ansiedlung der Fa. ProEntsorga oder anderer, nicht nachbarschaftsverträglicher Unternehmen erfolgen kann, setze ich mich dafür ein, dass das Ortsgesetz über eine Veränderungssperre in diesem Gebiet um ein weiteres</p>	<p>Linnert: Ja. Wir Grünen haben mit einem eigenen Antrag in der Umweltdeputation dafür gesorgt, dass eine Veränderungssperre für die Funkschneise verhängt wurde, die verhindert hat, dass sich ein nach BlmSch zu genehmigender Betrieb wie die Firma ProEntsorga dort ansiedeln konnte- quasi am Gartenzaun der nächsten Anwohner. Daher ist uns viel daran gelegen, die bisher Veränderungssperre jetzt endgültig in einen neuen</p>	<p>Motschmann: Die CDU Bremen hat den Veränderungssperren des Bebauungsplanes stets zugestimmt. Nun müssen schnellstmöglich Regelungen geschaffen werden, die ein rechtssicheres Verfahren garantieren und die Interessen aller Beteiligten berücksichtigen.</p>	<p>Vogt: Ja – DIE LINKE hat in der Sitzung der BauDepu vom 04.02.'15 einer Verlängerung der Veränderungssperre zugestimmt, da der Grundstückseigentümer (Fa. Hirsch) der Bauaufsicht den Zutritt zum Gelände verweigerte- diese rechtliche Frage muss noch geklärt werden. Durch die Veränderungssperre – 2012 im Beirat und BauDepu durch DIE LINKE gefordert – ist eine weitere Ansiedlung von BlmSch-Betrieben ausge-</p>
--	---	---	---



Jahr verlängert wird.	Bebauungsplan umzuwandeln, um den Anwohnern endlich Planungssicherheit zu geben. Dafür werden wir uns weiter wie bisher einsetzen.		geschlossen!
-----------------------	--	--	--------------

Der gerade beschlossene neue Flächennutzungsplan sieht vor dem Hintergrund der Diskussion um den Betrieb der Fa. ProEntsorga vor, das Gebiet am Hemelinger Hafen als Schwerpunkt- raum der Stadtentwicklung zu erneuern und zu profilieren. In welchem Zeitrahmen wollen Sie diese Aufgabe angehen? Was wollen Sie konkret verändern?

<p>Böhrnsen: Der im Flächennutzungsplan definierte Schwerpunktraum „Hemelinger Hafen“ umfasst räumlich weit mehr als nur den eigentlichen Hafengebiet. Es geht mir u. a. um die Reattraktivierung oder die Umnutzung brachgefallener gewerblicher Standorte. Die konkrete Zeit- und Maßnahmenplanung muss in enger Abstimmung mit dem Hemelinger Beirat erst noch entwickelt werden.</p>	<p>Linnert: Es ist ein sehr gutes Signal für Hemelingen, dass im Flächennutzungsplan das Gebiet um den Hemelinger Hafen neu entwickelt werden soll. Was auf dem Papier beschlossen ist, muss nun zügig umgesetzt werden.</p> <p>Hemeligen hat viele Potenziale, die zu einer Aufwertung geeignet sind, ob der Allerhafen, das Könecke-Gelände, das alte Hemelinger Zentrum. Wir wollen dass die Hemelinger die Weser wieder als Naherholungsraum nutzen können. Ein Teil des Weserufers wurde schon renaturiert, jetzt müssen weitere Abschnitte für den Stadtteil attraktiver gemacht werden.</p>	<p>Motschmann: Der beschriebene Beschluss entspricht den Anliegen des Beirates Hemelingen und wurde von der örtlichen CDU unterstützt, da in Hemelingen ein großes Entwicklungspotenzial besteht. Entsprechende Maßnahmen sollen schnellstmöglich umgesetzt werden.</p>	<p>Vogt: Verzehrung – aber die Frage ist so nicht zutreffend gestellt. In den Antworten der Verwaltung (FINP) zu dem von Ihnen angesprochenen Votum des Beirates zur Entwicklung des Hem. Hafengebietes wird zwar weitere Gesprächsbereitschaft von SUBV und Stadtplanung zugesagt, dies wird aber in der Aufzählung der weiter zu erhaltenden und zu vitalisierenden Hafengebiete konterkariert, indem dort der Hemelinger Hafen neben dem Industrie- und Holzhafen aufgezählt wird, dies bedeutet, dass dort weiter jede Art von BImSch-Betrieben zulässig wäre! Ich habe daher in der BauDepu dem FINP <u>nicht</u> zugestimmt – auch unter anderem, weil der FINP einen weiteren Ausbau des Gewerbeparks Hansalinie mit den Baustufen 3, 4 und 5 vorsieht, DIE LINKE lehnt eine weitere Versiegelung der Marschengebiete weiterhin strikt ab! Hintergrund zum Hafen: Solange eine Ausweisung als Hafengebiet erfolgt, gibt es Gelder vom Bund (Bundeswasserstraße) – bei Herausnahme und Ausweisung als Gewerbegebiet fallen diese Gelder fort und Bremen hat den (teilweisen) Erhalt von Hafengebieten alleine zu tragen.</p> <p>DIE LINKE unterstützt das Votum des Stadtentwicklungsausschusses vom Beirat nachdrücklich, das Areal als Gewerbegebiet (mit Bestandsgarantie für derzeitige Ansiedelungen) zu entwickeln. Mittelfristiges Ziel ist, das Gebiet vom Allerhafen her als Mischgebiet auszuweisen, z. B. den Allerhafen als Liegeplatz für Hausboote herzurichten.</p>
---	---	--	---



Wie möchten Sie die vom Beirat Hemelingen geforderte Stadtteilentwicklung in Hemelingen unterstützen?

<p>Böhrnsen: Zur Förderung der Stadtteilentwicklung in Hemelingen ist ein Maßnahmenplan entwickelt worden, für dessen Umsetzung der Senator für Wirtschaft meine volle Unterstützung hat. Darüber hinaus setze ich mich für eine Beibehaltung der Förderung des Stadtteilmarketings in Hemelingen ein.</p>	<p>Linnert: Wir Grünen haben die Stadtteilentwicklung sowohl im Beirat als auch in der Bürgerschaft unterstützt und werden uns in allen politischen Gremien weiterhin für den Stadtteil stark machen.</p>	<p>Motschmann: Die Unterstützung der Stadtteilentwicklung in Hemelingen ist für die CDU ein dauerhaftes Anliegen. Mit den Gremien vor Ort sollen städtebauliche und weitere Maßnahmen in einem Prozess der vertrauensvollen Zusammenarbeit auf den Weg gebracht werden.</p>	<p>Vogt: Wir werden auf zeitnahe Gespräche mit SUBV/Stadtplanung zur Umsetzung der Vorstellungen des Beirats drängen, ausgehend vom ehem. Könekegelände über die Hem. Bahnhofstr. hin zum Allerhafen eine Bewohnerfreundliche Mischung zu erreichen. Des weiteren Gespräche über die Sebaldsbrücker Heerstr. und die Bebauung an der Dietrich Wilkens Str. – selbstverständlich auch mit sozialem Wohnungsbau.</p>
---	--	--	---

Was wird Ihre erste Maßnahme zu den vorherigen Fragen sein?

<p>Böhrnsen: Die nochmalige Verlängerung der Geltungsdauer des Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre im Geltungsbereich des Bebauungsplans 2438 (siehe Frage 5).</p>	<p>Linnert: Wir werden jetzt auf das Konzept zur Ansiedlung von störendem Gewerbe pochen, das uns in dem Bericht von dem Wirtschafts- und Umweltressort angekündigt wurde.</p>	<p>Motschmann: Für die CDU Bremen ist es besonders wichtig, dass die andauernden Gespräche zur Ansiedlung des Entsorgungsbetriebes schnellstmöglich zu einem rechtssicheren Kompromiss geführt werden und dabei die Interessen der Anlieger größtmögliche Berücksichtigung finden.</p>	<p>Vogt: DIE LINKE wird weiter nachdrücklich in Deputation und Bürgerschaft die Erstellung eines Gesamtbremischen Konzeptes zur Lagerung von Gefahrenstoffen und eine Überprüfung der B-Pläne zur Entflechtung von Industrie und Wohnbereichen fordern.</p>
---	---	---	--

Machen Sie sich selbst ein Bild von den Antworten!



V. i. S. d. P. und Kontakt:

Bürger gegen Giftmüll im
 Birgit Böcker, Tel.: 0421 / 480282
 Günther Vollborn, Tel.: 0421 / 89772457
 E-Mail: buerger-gegen-giftmuell@online.de



**Der Senator
für Umwelt, Bau und Verkehr**

**Freie
Hansestadt
Bremen**

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Contrescarpe 72, 28195 Bremen

Auskunft erteilt
Frau Heinken

An betroffene Anwohner der Straßen

Bardowickstraße, Uelzener Straße, Eckener Straße,
Kapitän-Lehmann-Ring, Hudemühler Straße,
Beneckendorfallée, Hohensteiner Straße
(s. beiliegende Karte)

Dienstgebäude:
Wegesende 23

Zimmer E 156

T (04 21) 361- 59475

F (04 21) 496- 59475

E-Mail:
christina.heinken
@umwelt.bremen.de

Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Mein Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)
624-40-03/1 (1915)

Bremen, 25.06.2015

**Information zur Grundwasserverunreinigung in der Gartenstadt Vahr und Sebaldsbrück:
Bardowickstraße, Uelzener Straße, Eckener Straße, Kapitän-Lehmann-Ring, Hudemühler
Straße, Beneckendorfallée, Hohensteiner Straße
Az: 624-40-03/1 (1915), Informationsgebiet 1.0023**

Empfehlung: Bitte nutzen Sie kein Grundwasser aus Gartenbrunnen

Sehr geehrte Damen und Herren,

in den letzten Wochen wurden in Ihren Wohn- und Kleingartengebieten Untersuchungen des Grundwassers durchgeführt. Dabei stellte sich heraus, dass das Grundwasser mit leichtflüchtigen halogenierten Kohlenwasserstoffen (LHKW) belastet ist. Der betroffene Bereich ist im anliegenden Lageplan gekennzeichnet.

Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass die Nutzung von LHKW-belastetem Grundwasser zu Gesundheitsbeeinträchtigungen führen kann.

Das Gesundheitsamt und ich empfehlen Ihnen deshalb, Wasser aus Gartenbrunnen in dem markierten Bereich (s. Lageplan) nicht zum Spielen, Befüllen von Planschbecken sowie als Gießwasser zu nutzen.

Dies ist eine vorsorgliche Empfehlung. Wenn Sie diese beachten, sind gesundheitliche Beeinträchtigungen auszuschließen.

Die Empfehlung gilt nicht für das Leitungsnetz der öffentlichen Trinkwasserversorgung. Wasser aus dem Wasserhahn in Bad und Küche ist nicht betroffen und kann ohne Bedenken genutzt werden.

P Dienstgebäude
Ansgaritorstraße 2
28195 Bremen
Hochgarage Am Brill

 Eingang
Ansgaritorstraße 2
28195 Bremen

 Bus / Straßenbahn
Haltestellen
Am Brill und
Am Wall

Poststelle:
T (0421) 361 2407
F (0421) 361 2050
E-mail office@bau.bremen.de



D-112-00021

Mögliche gesundheitliche Auswirkungen:

LHKW können über die Atemluft (z.B. Verdunstung beim Rasenbewässern), den Magen-Darm-Trakt oder durch Hautkontakt (z.B. beim Planschen) aufgenommen werden. Mögliche Wirkungen können z.B. Reizerscheinungen der Augen oder Schleimhäute sein. Einige der Einzelstoffe können Leber und Nieren schädigen, andere Krebs erzeugen.

Wissenschaftlich belegte Grenzwerte für eine genaue Gefährdungsabschätzung bei der Nutzung von Grundwasser aus Gartenbrunnen gibt es bislang leider nicht.

Woher kommen die Verunreinigungen?

LHKW wurden und werden auch heute noch vorwiegend als Reinigungsmittel in der chemischen Textilreinigung oder zur Entfettung bei der Metallverarbeitung eingesetzt. Wenn LHKW über den Boden in das Grundwasser gelangen, können sie unterirdisch mit dem Grundwasserstrom transportiert werden und sich so mit dem natürlichen Grundwasserstrom ausbreiten.

Weiteres Vorgehen:

In einem nächsten Schritt soll die Ausdehnung der Grundwasserverunreinigung weiter untersucht werden, um das betroffene Gebiet eingrenzen zu können. Es ist außerdem geplant, der Quelle für die LHKW-Verunreinigung weiter nachzugehen.

Wenn sich aufgrund der Untersuchungen Änderungen ergeben, die Sie betreffen, werde ich Sie darüber informieren.

Haben Sie noch Fragen?

Für gesundheitliche Fragestellungen können Sie sich an das Gesundheitsamt Bremen wenden:

- bis zum 10.07.2015 an Herrn Dr. Düllin, Telefon, 361-6239 und
- ab dem 13.07.2015 an Frau Luther Telefon, 361-7510.

Für Fragen, die den Boden- und Grundwasserschutz betreffen, rufen Sie mich gerne unter der Telefonnummer 361-59475 an.

Mit freundlichen Grüßen

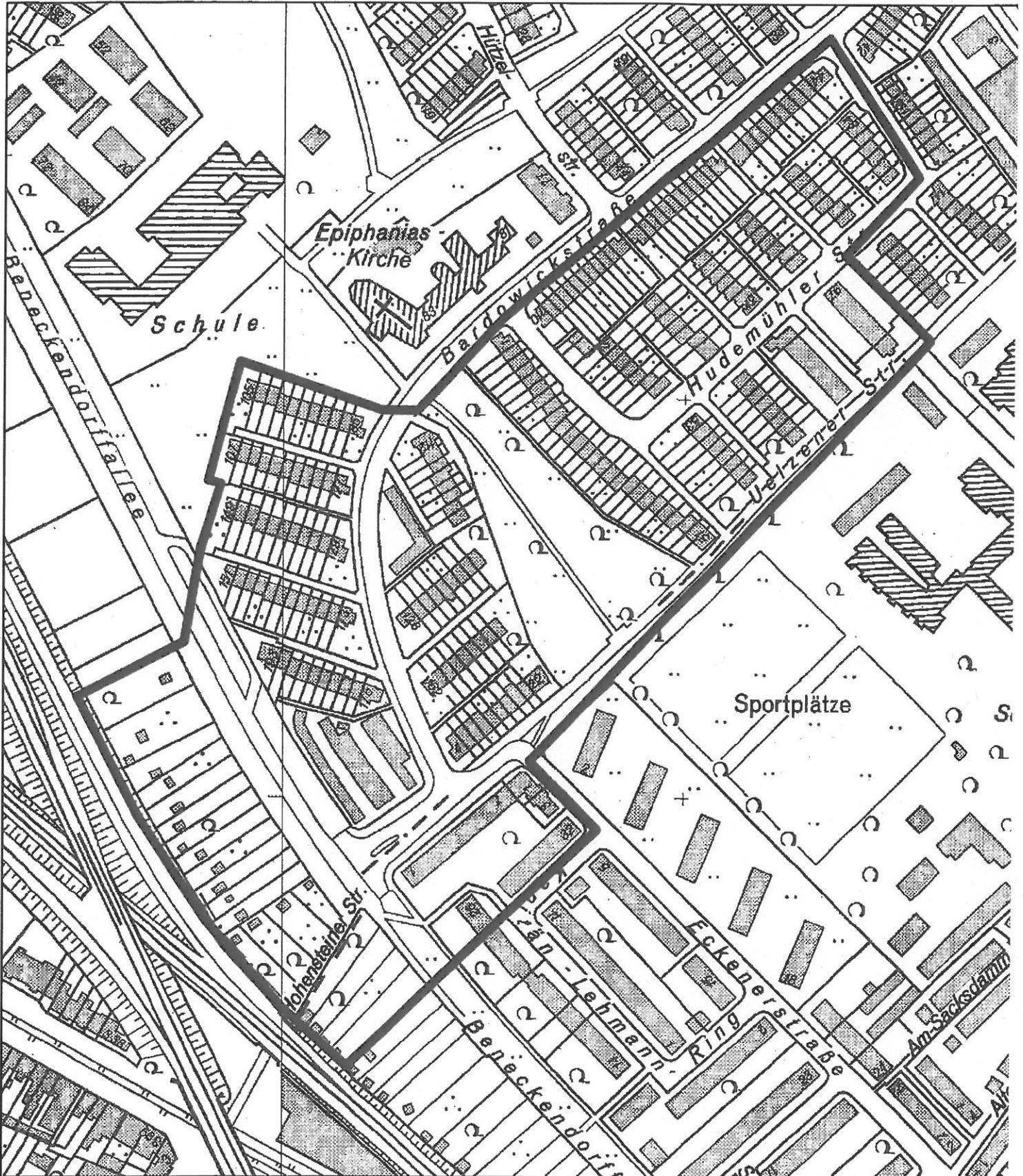
Im Auftrag



Heinken

Anlage: Lageplan Informationsgebiet Juni 2015

Anlage zur
Information zur Grundwasserverunreinigung in der Gartenstadt Vahr und Sebaldsbrück
vom 25.6.2015



**Der Senator
für Umwelt, Bau und Verkehr**

**Freie
Hansestadt
Bremen**

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Ansgaritorstraße 2 • 28195 Bremen

gemäß Verteiler

nur per E-Mail

Auskunft erteilt
Frau Heinken

Dienstgebäude:
Wegesende 23
Zimmer E 156

T (04 21) 361 59475
F (04 21) 496 59475

E-Mail: christina.heinken
@umwelt.bremen.de

Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Mein Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)
624-40-03/1 (1915)

Bremen, 25.06.2015

**Information zur Grundwasserverunreinigung in der Gartenstadt Vahr und Sebaldsbrück:
Bardowickstraße, Uelzener Straße, Eckener Straße, Kapitän-Lehmann-Ring, Hudemühler
Straße, Beneckendorfallée, Hohensteiner Straße**
Az: 624-40-03/1 (1915) , Informationsgebiet 1.0023

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen von Grundwasseruntersuchungen in der Umgebung der Bardowickstraße wurden in den oben genannten Wohn- und Kleingartengebieten Belastungen des Grundwassers mit leichtflüchtigen halogenierten Kohlenwasserstoffen (LHKW) ermittelt. Der betroffene Bereich ist im anliegenden Lageplan gekennzeichnet.

Ich möchte Sie darüber informieren, dass ich auf Grund der vorliegenden Untersuchungsergebnisse die Anwohner in diesem Gebiet anschreiben und eine Empfehlung zum Verzicht auf die Nutzung des Grundwassers aus Gartenbrunnen aussprechen werde (siehe Anlage).

Die Empfehlung erfolgt aus Gründen der gesundheitlichen Vorsorge. Sie ist mit dem Gesundheitsamt Bremen abgestimmt. Die Abgrenzung des betroffenen Gebietes erfolgt nach Vorsorgekriterien.

Die Verteilung des anliegenden Informationsschreibens ist für die 27. Kalenderwoche als Hauswurfsendung an alle Haushalte in dem betroffenen Bereich vorgesehen.

In einem nächsten Schritt soll die Ausdehnung der Grundwasserverunreinigung weiter untersucht werden, um das betroffene Gebiet eingrenzen zu können. Es ist außerdem geplant, der Quelle für die LHKW-Verunreinigung weiter nachzugehen.

 Dienstgebäude
Ansgaritorstraße 2
28195 Bremen
Hochgarage Am Brill

 Eingang
Ansgaritorstraße 2
28195 Bremen

 Bus / Straßenbahn
Haltestellen
Am Brill und
Am Wall

Poststelle:
T (0421) 361 2407
F (0421) 361 2050
E-mail office@bau.bremen.de



Sollten sich aufgrund der Untersuchungen Änderungen ergeben, werde ich die Betroffenen darüber informieren.

Falls Sie noch weitergehende Fragen in dieser Angelegenheit haben, können Sie sich gerne an mich wenden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag


Heinken

Anlage: Informationsschreiben zur Grundwasserverunreinigung in der Gartenstadt Vahr und Sebaldsbrück

Verteiler:

- | | |
|--|--|
| 1. Ortsamt Hemelingen | ullrich.hoeft@hemelingen.ortsamt.bremen.de |
| 2. Ortsamt Schwachhausen/Vahr | office@oaschwachhausen.bremen.de |
| 3. Polizei Bremen WV 12, Umwelt | WV12.UK@POLIZEI.BREMEN.de |
| 4. Polizei Bremen, S 6 - Revier Vahr | s6@polizei.bremen.de |
| 5. Umweltbetrieb Bremen | office@ubbremen.de |
| 6. Landesverband der Gartenfreunde Bremen e.V. | bremen@gartenfreunde.de |
| 7. Kleingartenverein Feldmark-Hastedt e.V. | Karlmie@web.de |
| 8. Gesundheitsamt Bremen | Sabine.Luther@Gesundheitsamt.Bremen.de |
| 9. Sportamt Bremen | office@sport.bremen.de |
| 10. Sen. für Bildung und Wissenschaft | Dirk.Wilms@Bildung.Bremen.de |
| 11. Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen Ref. 21
- Spielplätze | ulrike.kulenkampff@soziales.bremen.de |

Verschiedenes

Sitzungstermine und Inhalte:

- am 29. Juni 16:30 Uhr Konstituierung des Ausschusses für Bildung und Soziales Spielplätze in Hemelingen, Konzept der freien Gemeinschaftsschule „Zum Sebaldsbrücker Bahnhof 57“, Arbeitsplanung 2015
 - am 30. Juni 16:30 Uhr Konstituierung des Ausschusses für Umwelt und Lärm Arbeitsplanung 2015, adhoc Sachstände
 - am 01. Juli 16:30 Uhr Konstituierung des Ausschusses für Koordinierung und Finanzen.
 - am 02. Juli 16:30 Uhr Konstituierung des Ausschusses für Jugendbeteiligung Arbeitsplanung 2015
- Am 2. Juli 18:00 Uhr Einwohnerversammlung zum Vorhaben und Erschließungsplan Nr. 95 „Neubau des Gemeindezentrums und der Kindertagesstätte der evangelischen Kirche in Hemelingen“
- am 06. Juli 16:30 Uhr Konstituierung des Ausschusses für Inneres und Sport Arbeitsplanung 5015
 - am 07. Juli 16:30 Uhr Konstituierung des Ausschusses für Stadtteilentwicklung Arbeitsplanung 2015
 - am 9. Juli 19:00 Uhr öffentliche Beiratssitzung Tagesordnungspunkte - das NABU Projekt Vahrer Feldweg, – Präsentationen einer Studie über Freizeitangebote in Hemelingen durch Studiengang ISAF in Kooperation mit Sozialzentrum und Bürgerhaus Hemelingen, – Ausbauplanung für Krippen und Kindertagesstätten in Hemelingen, -evtl. Beschlussfassung zu Themen der Unterbringung von Flüchtlingen, -Beiratsangelegenheiten.
 - am 14. Juli 16:30 Uhr wird sich der Projektausschuss WIN konstituieren.
 - am 21. Juli 16:30 Uhr Konstituierung des Ausschusses für Bau und Verkehr Präsentation des Bauantrages für das ÜWH Stolzenauer Straße